

Reissner, Johannes; Fuchs, Simon

Research Report

Wahl gewonnen - Macht zerronnen? Ahmadinejads Machtbasis nach den Parlamentswahlen

SWP-Aktuell, No. 54/2008

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Reissner, Johannes; Fuchs, Simon (2008) : Wahl gewonnen - Macht zerronnen?
Ahmadinejads Machtbasis nach den Parlamentswahlen, SWP-Aktuell, No. 54/2008, Stiftung
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254772>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

Wahl gewonnen – Macht zerronnen?

Ahmadinejads Machtbasis nach den Parlamentswahlen

Johannes Reissner / Simon Fuchs

Bei den Parlamentswahlen im März erreichten Irans Konservative insgesamt zwar die Mehrheit, doch nur ein gutes Drittel der Abgeordneten des neuen Parlaments dürfte voll hinter Präsident Ahmadinejad stehen. Wegen seiner Wirtschafts- und Personalpolitik sind viele seiner Anhänger aus dem Lager der »Prinzipientreuen« von ihm abgerückt. Die Wahl seines Widersachers Ali Larijani zum Parlamentspräsidenten im Mai 2008 markiert einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzung im konservativen Lager im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Juni 2009. Ahmadinejad versucht, seine Position mit populistischen Wirtschaftsmaßnahmen und Personalrochaden zu stärken. Seine Konkurrenten hingegen wollen sich mit Sachverstand bei der immer unzufriedeneren Bevölkerung profilieren, die unbequemen Sanktionen abschütteln und Iran vom Paria-Image befreien. Ihre Bereitschaft, über das Atomprogramm ohne Vorbedingungen zu verhandeln, ist überzeugender als die Ahmadinejads und sollte vom Westen im Interesse der Entspannung genutzt werden.

Die Anhänger der Regierung Ahmadinejad im Lager der Prinzipientreuen errangen bei den Wahlen zum achten iranischen Parlament am 14. März/25. April (Stichwahlen) nur eine einfache Mehrheit von etwa 117 Sitzen. Ihnen stehen die regierungskritischen Prinzipientreuen mit immerhin 56 Sitzen gegenüber. Unabhängige Kandidaten, von denen viele eher dem regierungskritischen Lager zuneigen, erhielten 71 Sitze, die Reformer 46. Diese Zahlen sind nur Annäherungswerte. Denn gerade die Fraktionen des konservativen Lagers haben wegen des Fehlens politischer Parteien keine eindeutigen Konturen.

Regierung im Personalkarussell

Seit Monaten wird Ahmadinejad für das wirtschaftspolitische Chaos in Iran und die Inflationsrate von über 20 Prozent auch aus dem eigenen Lager heraus angegriffen. Mit der Entlassung seines Wirtschafts- und seines Innenministers im April heizte er die Kritik an seinem Regierungsstil an. Der Wirtschaftsminister Davoud Danesh-Jafaari hatte sich Personalentscheidungen des Präsidenten widersetzt und war mit ihm über die Zinspolitik und die Umwandlung des Bankensektors aneinandergeraten. Die Entlassung des Innenministers wegen nicht näher erläuteter »Differenzen« hatten 100 Abgeordnete erfolglos zu verhindern versucht.

Beide Minister nutzten ihre Abschiedsreden zu einer Abrechnung mit der Regierung. Danesh-Jafaari warf Ahmadinejads Wirtschaftsberatern ökonomischen Dilettantismus vor, der sich in der ungebremsten Geldvermehrung und der Auflösung der wirtschaftlichen Planungskommission offenbare. Innenminister Pourmohammadi klagte über Ahmadinejads Politikstil, der dafür verantwortlich sei, dass die Islamische Republik nicht professionell regiert werde. Der Präsident ziehe schnelle Entscheidungen der gründlichen Planung und der zielbewussten Verfolgung eines politischen Programms vor. Ein solch charismatischer Führungsstil sei aber nicht mehr zeitgemäß (eine Bemerkung, die darauf zielte, dass Ahmadinejad sich nicht anmaßen solle, was nur Khomeini zugestanden habe). Die zahlreichen Kabinettsumbildungen der Vergangenheit würden die gesamte Verwaltungsstruktur des Landes unterminieren.

Offen ist noch der Ausgang des Konflikts zwischen Ahmadinejad und dem Direktor der Zentralbank, Tahmasb Mazaheri, den der Präsident erst im letzten Herbst als seinen Mann eingesetzt hatte. Kern des Streits sind Ahmadinejads Vorstellungen von »Gerechtigkeit« im Finanzsektor, die er durch mehr staatliche Regulierung bei der Kreditvergabe der Banken erreichen will. Doch der Zentralbankdirektor wird von einflussreichen konservativen Politikern wie Mohammad Reza Bahonar unterstützt, der erklärte, dass entgegen Ahmadinejads Versprechen, den Menschen »das Ölgeld auf den Tisch zu legen«, die ungeplante Geldvermehrung nur die Inflation anheize. Die Regierung habe keinen »Kompass«.

Der Präsident kämpft

Für Ahmadinejad sind grundsätzlich die anderen schuld an den Problemen. Mitte April machte er eine ökonomische Mafia in den Ministerien und Wirtschaftsinstitutionen seiner eigenen Regierung für die Krisenstimmung verantwortlich. Diese Mafia blockiere die Umsetzung von Regie-

rungsentscheidungen. Den Verantwortlichen werde er »die Hände amputieren«.

Dies war eine Warnung an diejenigen in den eigenen Reihen, die im Verdacht stehen, mit dem politischen Lager des vom Westen als pragmatisch eingeschätzten früheren Präsidenten und Wirtschaftsoligarchen Rafsanjani zu sympathisieren. Wie ernst es Ahmadinejad damit ist, eine solche Annäherung zu verhindern, hatte im Mai 2007 die Auseinandersetzung um Seyed Hossein Musavian gezeigt. Der enge Vertraute Rafsanjanis und einst wichtige Mann bei den Atomverhandlungen war unter dem Vorwurf der Spionage und des Geheimnisverrats an Großbritannien festgenommen worden. Damit wollte Ahmadinejad zeigen, dass er selbst Rafsanjani nicht fürchtet.

Ahmadinejads Einschüchterungsversuche verfehlen in der konservativen politischen Elite nicht ihre Wirkung. Überdies irritieren die Versuche des Präsidenten, seine Regierung religiös zu sanktionieren, den Klerus. Anfang Mai hatte Ahmadinejad behauptet, seine Amtsführung werde vom verborgenen zwölften Imam, dem Mahdi, segensreich geleitet, und damit hochrangige Religionsgelehrte gereizt. Der ehemalige Abgeordnete Ayatollah Badashti forderte gar die Amtsenthebung des Präsidenten. Ayatollah Mahdavi Kani, der Vorsitzende der einflussreichen Vereinigung der Militanten Geistlichkeit, bezweifelte, dass der verborgene Imam sich an der Inflationsrate von 20 Prozent erfreuen könne. Solche Reden könnten der Glaubwürdigkeit der Religion schaden.

Parlamentspräsident Ali Larijani

Am 27. Mai wählte das neue Parlament Ahmadinejads Konkurrenten Ali Larijani mit 232 von 263 Stimmen zum Parlamentspräsidenten. Dabei hatte dieser auch die indirekte Unterstützung des Revolutionsführers. Deshalb gelten Ahmadinejads Chancen für die Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 als verringert.

Für iranische Beobachter ist mit der Wahl des neuen Parlamentspräsidenten die

Zeit der »Flitterwochen« zwischen Regierung und Parlament vorbei. Auch Larijani selbst hält Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Parlament gerade in Wirtschaftsfragen für »nicht unwahrscheinlich«. In diesem Fall wolle man sich um die Vermittlung des Revolutionsführers Khamenei bemühen. Dieser gab dem neuen Parlament ermahmend auf den Weg, dass »Supervision« (*nazârat*) der Exekutive und »vertrauensvolle Zusammenarbeit« mit der Regierung gleichermaßen zu den Pflichten der gesetzgebenden Versammlung gehörten. Dass diesbezüglich einiges im Argen liegt, hatte sich schon Anfang 2008 gezeigt, als der frühere Parlamentspräsident Haddad-Adel der Regierung vorgeworfen hatte, vom Parlament verabschiedete Gesetze nicht umzusetzen, worin ihn der Revolutionsführer öffentlich unterstützte. Das gestärkte Selbstbewusstsein des Parlaments gegenüber der Regierung brachte der konservative Teheraner Abgeordnete Abu al-Fazl Kalahar zum Ausdruck. Er hatte noch im alten Parlament vom Recht der Bevölkerung auf Information durch die Regierung gesprochen und gefordert, dass die Befragung des Präsidenten durch das Parlament eine »normale Angelegenheit« werden müsse.

Bröckelnde Basis und Außenpolitik

Während westliche Medien derzeit darüber spekulieren, ob Ahmadinejads Tage als Präsident gezählt seien, wurde auf der iranischen Nachrichtenwebsite *Tabnak* die weiterführende Frage gestellt, ob ein Regierungswechsel wirklich die Lösung aller Probleme wäre. Vieles, was an Ahmadinejads Regierungsweise kritisiert werde, kenne man schon von früheren Regierungen. Ahmadinejad sei ein Zögling der politischen und administrativen Kultur des Landes. Mit einem Wechsel des Präsidenten allein sei es nicht getan. Notwendig sei ein Wandel der Gesellschaft und des Verhaltens der politischen Klasse insgesamt.

Dieser Kommentar richtete sich nicht gegen das politische System der Islamischen

Republik, wohl aber gegen die systemisch gewordene Unordnung in der Administration, die Iraner allenthalben beklagen. Die im Artikel erwähnte politische Kultur lässt sich über soziale Herkunfts- und Interessensunterschiede innerhalb der konservativen politisch relevanten Elite näher bestimmen. Ahmadinejad und Larijani gehören mit 50 bzw. 52 Jahren zu jener Generation, die der Revolution ihren Werdegang verdankt und in der nachrevolutionären Zeit politisch geprägt wurde. Doch Ali Larijani entstammt als Sohn eines Ayatollahs und eines einflussreichen Familienclans (ähnlich dem der Rafsanjanis) der Oberschicht. Der aus einfachen Familienverhältnissen kommende Ahmadinejad hingegen steht für die untere Mittelschicht, die seit der Revolution energisch nach oben strebt und sich von der etablierten Oberschicht behindert sieht. Mit seiner Fähigkeit, das »Volk« zu mobilisieren, und aufgrund der Tatsache, dass er unabhängig von den Leistungen der Regierung als »einer von uns« gilt, kann er bei vielen Wählern nach wie vor punkten. Sein von Misstrauen gegenüber anderen geprägter politischer Stil aber stößt in der Oberschicht zunehmend auf Ablehnung.

Ahmadinejad muss sich gegen die Interessen und Machtzentren der traditionellen Elite des Basars und des Klerus sowie der pragmatisch-konservativen Elite des Big-Business und der etablierten Technokraten behaupten. Mit wie viel Rückhalt von Seiten der Revolutionsgarden (Pasdaran) und der paramilitärischen Freiwilligenkorps (Basij) er dabei rechnen kann, ist ungewiss. Zwar teilen viele Führer dieser Militärverbände das Aufsteigersyndrom Ahmadinejads und haben in seiner bisherigen Amtszeit in Politik und Wirtschaft an Einfluss gewinnen können, doch ihre Loyalität gilt zuallererst dem Revolutionsführer. Dieser aber hat allein mit seiner Zustimmung zur Wahl Larijanis gezeigt, dass er ein Gegengewicht zu Ahmadinejad will. Doch dies ist noch lange keine Richtungsentscheidung für die Präsidentschaftswahl im Juni 2009. Vielmehr haben sich für Khamenei mit den Parlamentswahlen die Möglichkeiten erwei-

tert, zwischen den systemtreuen Kräften zu balancieren. Er wird dem innenpolitischen Kräftemessen bis kurz vor den Präsidentschaftswahlen zusehen und dann eine verklausulierte Wahlempfehlung aussprechen.

Unter Larijanis Vorsitz wird das neue Parlament auch in der Außenpolitik Profil zeigen. Da aber die Richtlinien in diesem Politikfeld vom Revolutionsführer bestimmt werden und über sie und die Atompolitik ein breiter Konsens im Parlament besteht, dürfte sich Kritik in erster Linie an der Art und Weise entzünden, in der Ahmadinejad die außenpolitischen Ziele der Nation verfolgt. Auch Prinzipientreue fürchten, dass »aggressive Diplomatie« und martialische Widerstandsrhetorik allein nicht weiterhelfen und das Land sogar in Gefahr bringen könnten. Der einflussreiche konservative Abgeordnete Mohammad Tavakkoli empfiehlt mit Blick auf die Sanktionen stattdessen »ein moderates Verhalten sowie rational und weise geführte Verhandlungen«, um die Kosten für den Iran zu reduzieren.

Optionen für die westliche Iranpolitik

Die Chancen des Westens, Iran mit seiner bisherigen Politik von der Urananreicherung abzubringen, tendieren gen Null. Deshalb muss die hier beschriebene innenpolitische Situation Irans zwischen den Parlamentswahlen und den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nach Ansatzpunkten ausgelotet werden, um auch mit den Prinzipientreuen auf eine Entspannung des westlich-iranischen Verhältnisses hinzuwirken. Denn diese Kräfte werden, egal, wer Präsident wird, die iranische Politik in absehbarer Zukunft bestimmen. Dass sowohl Iran als auch die USA vor Präsidentschaftswahlen stehen, mag Entspannungsbemühungen erschweren. Die Verlockung ist groß, sich im »Neuen Kalten Krieg« (Thomas L. Friedman) zwischen dem Westen und Iran mit markanten Statements zu profilieren, die das politische Klima vergiften können.

Auf beiden Seiten herrscht eine Sackgassenstimmung. Iran ist stolz auf die eigene Standfestigkeit und auf seine neue Rolle in der Region. Doch es gibt auch Frustration, dass politisch nichts weiter geht. Der Revolutionsführer hat seine prinzipielle Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit den USA signalisiert, doch bislang kein Echo darauf erhalten.

In den USA wird immerhin debattiert, ob es noch politisch sinnvoll ist, die Suspendierung der Urananreicherung zur Vorbedingung für Verhandlungen zu machen, und ob nicht die Transparenz des iranischen Atomprogramms das wichtigere Ziel wäre. In Europa hingegen wird diese Frage, von Ausnahmen abgesehen, öffentlich kaum gestellt. Ahmadinejads demonstratives Trotzgebaren in der Nuklearfrage und seine anti-israelischen Tiraden nutzen denen, die auf eine militärische »Lösung« des Atomstreits drängen, und machen es ihnen leicht, den Vorwurf des »appeasement« gegen jene zu erheben, die sich um eine konstruktive Iranpolitik bemühen. Wenn in Israel ein Militärschlag gegen Iran sogar als »unvermeidbar« beschworen wird, muss die Gegenfrage möglich sein, ob eine ernsthafte Annäherung zwischen den USA und Iran dem Sicherheitsbedürfnis Israels nicht weit dienlicher wäre.

Was ein mögliches Arrangement mit dem Westen betrifft, so richtet Iran seinen Blick auf die USA. Das politische Gewicht Europas wird gegenwärtig eher gering eingeschätzt. Doch sollten die Europäer deshalb nicht auf den neuen Präsidenten in den USA oder in Iran warten, sondern in beide Richtungen aktiv Möglichkeiten für Entspannung sondieren. Es liegt nicht in ihrem Interesse, in eine Situation zu geraten, in der ausschließlich andere entscheiden, wann ein militärisches Vorgehen gegen Iran als letztes Mittel gerechtfertigt wäre. Das iranische Festhalten an der Urananreicherung und die martialische Widerstandsrhetorik bedeuten nicht, dass man in Teheran keine Entspannung will – die iranische Bevölkerung will sie allemal.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364